

Zweite Selbstverbrennung 2013: „Mein Sohn starb für Gerechtigkeit und Freiheit“, sagte der Vater

„Mein Sohn starb für Gerechtigkeit und die Freiheit des tibetischen Volkes, ich bedauere es nicht“, sagte Kyogpo, der Vater von Drubchog, der sich am 18. Januar 2013 verbrannte, zu einigen Leuten, die gekommen waren, um ihm zu kondolieren.

Drubchog (dessen Name anfänglich als Tsering Phuntsok genannt wurde) setzte sich am 18. Januar in der Gegend von Khyungchu in der Präfektur Ngaba aus Protest gegen die chinesische Regierung in Brand. Er verstarb sofort am Tatort, woraufhin das chinesische Sicherheitspersonal seinen Körper ergriff und in die nahe gelegenen Stadt Barkham brachte.



Sonam, ein Tibeter aus der Schweiz, teilte Phayul mit, die Behörden hätten ihn noch am selben Tag eingeschert, ohne irgend jemanden von seinen Angehörigen zu informieren.

Wie sich jetzt herausstellte, hat Drubchog sich in der Nähe eines Basketballfeldes in der Ortschaft Drachen in der Region Khyungchu (Bezirk Hungyon/Kakhog, TAP Nagaba) verbrannt. An diesem Spielfeld und der daran anschließenden Straße herrscht reger Personenverkehr.

„Ehe er Feuer an sich legte, sprach Drubchog mit zum Gebet zusammengelegten Händen ‚Gyalwang Tenzin Gyatso‘ [Seine Heiligkeit der Dalai Lama]“, zitiert Sonam Quellen aus der Gegend. Ein Bild ging Phayul zu, das zeigt, wie Drubchog von Flammen umzingelt aufrecht auf dem Spielfeld sitzt.

Er hinterläßt seine Frau Rigpa, sowie zwei Töchter im Alter von 3 und 4 Jahren. Sein Protest ist der 97. bestätigte Fall einer Selbstverbrennung in Tibet.

Kurz darauf trafen Einheiten schwer bewaffneter Sicherheitskräfte in der Ortschaft Drachen ein und riegelten die gesamte Gegend ab. Die dort ansässigen Tibeter stöhnen nun unter der „angespannten Atmosphäre von Furcht und Schrecken“.

Die chinesische Regierung hört nicht auf damit, die Exiltibeter für die Proteste verantwortlich zu machen. Sie hat diverse Maßnahmen ergriffen, die die Lage nur noch verschlimmern, etwa die Kriminalisierung der Selbstverbrennungen und die willkürliche Festnahme einer Reihe von Tibetern, die angeblich Informationen über die Proteste ins Ausland gesandt hätten.

In seinem Jahresbericht 2012 stellt das Tibetische Zentrum für Menschenrechte und Demokratie fest, daß die Lokalbehörden als Reaktion auf die Selbstverbrennungsproteste, die das ganze Jahr über weitergingen, Regierungskader und „Arbeitsteams“ mobilisierten, um die politische Umerziehung durchzuführen und Strafmaßnahmen nicht nur gegen die Selbstverbrenner und ihre Angehörigen, sondern gegen die gesamten Dörfer, in denen sie wohnten, vorzunehmen.

Tibet bleibt weiterhin für unabhängige Medien, UN-Beobachter, internationale Ermittlungsausschüsse und Besucher verschlossen, während die chinesische Regierung „erfolgreich die Kommunikationskanäle blockiert hat und so verhindert, daß Informationen über Menschenrechtsverletzungen aus Tibet hinausgelangen“.